



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

09.05. 03

Kommunale Seniorenarbeit

Presseerklärung

Im August 1999 fasste der Rat der Stadt Dortmund den Beschluss, die Sozialverwaltung aufzufordern, ein Konzept für die zukünftigen soziale Altenarbeit zu entwickeln. Das Institut für Gerontologie wurde in der Folge beauftragt, die Sozialverwaltung bei der Erarbeitung eines solchen Konzeptes zu unterstützen. Der Abschlussbericht des Instituts liegt nunmehr vor und bestätigt in eindringlicher Weise den kommunalen Handlungsbedarf, der sich unter anderem aus der finanziellen Zuständigkeit der Stadt für weite Bereiche der Seniorenpolitik ergibt.

Ausgangslage ist, dass der Anteil der Hochaltrigen (über 75 Jahre) bis 2015 um fast 20% gegenüber dem Niveau von 1998 ansteigen wird. Linear anwachsen wird auch der Anteil der älteren MigrantInnen.

Obwohl die Lage vieler älterer Menschen durchaus (noch) zufrieden stellend ist, gibt es Problemgruppen, bei denen sich materielle Mängel, schlechte Wohnumfeldbedingungen und fehlende soziale Kontakte gegenseitig verstärken. Gleichzeitig nehmen die familialen und außerfamilialen Hilfefunktionen ab.

Der Bericht stellt fest, dass

- die Begegnungsstätten für SeniorInnen unter mangelnder Akzeptanz leiden
- von einer Zunahme des Bedarfs an hauswirtschaftlichen Hilfen, psycho- sozialer Betreuung und Kommunikationsgelegenheiten ausgegangen werden muss
- ein latenter Unterstützungsbedarf bei älteren Menschen nicht rechtzeitig erkannt wird und präventive Maßnahmen zur Unterstützung einer eigenständigen Lebensführung zu spät kommen,
- Kooperationsdefizite sowohl innerhalb der Verbände als auch Anbietern in bestimmten Versorgungsbereichen bestehen.

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Folgende Lösungsvorschläge werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen und entsprechende Anstrengungen unternehmen, diese umzusetzen.

1. Die Gutachter schlagen ein neues Konzept für die Altenbegegnungsstätten vor, die in „Bürgerzentren“ umgewandelt werden sollen, um soziale Dienstleistungsfunktionen im Quartier zu übernehmen. Hier könnten auch pflegende Angehörige, insbesondere auch von demennten alten Menschen, beraten werden. Wir werden diesen Umstrukturierungsvorschlag unterstützen.
2. Absolut notwendig und unausweichlich ist die der Ausbau von Plätzen in stationären, teilstationären, und Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Darüber hinaus muss ein Aufbau von niedrigschwelligen Angeboten für Demente erfolgen. Die Problematik der Altersverwirrtheit muss ein zentraler Bereich zukünftiger SeniorInnenpolitik sein. Tagesstrukturierung in offenen Einrichtungen und Entlastung der Angehörigen kann die stationäre Aufnahmen zeitlich verzögern. Diese Chance sollte genutzt werden.
3. Nicht zuletzt ist das Wohnen im Altern von immenser Bedeutung. Ziel muss es sein, alle Anstrengungen zu unternehmen, älteren Menschen die Möglichkeit zu geben, solange wie möglich in ihren – dann allerdings möglichst altersgerechten - Wohnungen zu verbleiben.. Das bedeutet für die Kommune unter anderem die Förderung von betreutem Wohnen in jedem Stadtbezirk und von Projekten des generationenübergreifenden Wohnens. Die Arbeit von Wohnberatungs- und Wohnanpassungsberatungsstellen muss langfristig landesseitig abgesichert werden.
4. Städtische Sozialhilfedienste sollten vor Ort Anlaufstellen für lokale Einrichtungen und Dienste sein, um diese besser zu vernetzen. Der Ressortzuschnitt des Sozialamtes ist entsprechend zu ändern. Grundsätzlich ist von den Interessen der SeniorInnen auszugehen und nicht von den jeweiligen Trägerinteressen. Der Vorschlag, im Rahmen eines Modellprojektes Casemanagement zu durchzuführen, sollte aufgegriffen werden.

Die Realisierung dieser zentralen Forderungen ist nicht kostenneutral durchzuführen. Langfristig wird sich eine solche SeniorInnenpolitik jedoch auch fiskalisch auszahlen, da es nur so gelingen kann, die stationäre Unterbringung im Umfang zu begrenzen. Gleichzeitig wird das soziale Netz für SeniorInnen verbessert, Kommunikation verstärkt und werden Möglichkeiten geschaffen, die Kompetenz der älteren BürgerInnen bei der Gestaltung des sozialen Umfeldes einzubeziehen.